

Sehr geehrte Damen und Herren,
das kommunalpolitische forum e.V. (berlin) lädt Sie herzlich ein zu einer Diskussionsveranstaltung über

Gläserne Bürger*innen – gläserne Verwaltung.
Informationsfreiheit von der „Holschuld“ zur „Bringschuld“
am Mittwoch, dem 04. Mai 2016, von 20.00 bis 23.00 Uhr
im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin,
Robert-Havemann-Saal (Seitenflügel Erdgeschoss)

Berlin hat im Oktober 1999 als zweites Bundesland sein Informationsfreiheitsgesetz verabschiedet. Damit gehörte es zu den Pionieren für einen bürgernahen Datenschutz in Deutschland. Das Gesetz gewährt seit-her jedem Menschen, aber auch Vereinen oder Unternehmen und anderen juristischen Personen das Recht auf Akteneinsicht und -auskunft gegenüber den öffentlichen Stellen des Landes Berlin, ohne dass die Antragsteller*innen ein besonderes Interesse vorbringen müssen. Das Verfahren gründet sich auf der „Holschuld“ der Bürger*innen. Zunehmend werden aber Informationsfreiheitsgesetze „bei denen der Bürger Zugang zu Verwaltungsinformationen als ‚Holschuld‘ beantragen muss, von Transparenzgesetzen abgelöst, in denen die Behörden von sich aus Informationen als ‚Bringschuld‘ veröffentlichen. So ist in der Freien und Hansestadt Hamburg im Oktober [2014; www.transparenz.hamburg.de] das Transparenzgesetz endgültig in Kraft getreten und in den Ländern Rheinland-Pfalz und Thüringen sind entsprechende Gesetze in Vorbereitung. In diese Richtung muss sich auch das Informationsfreiheitsrecht in Berlin entwickeln.“ (aus dem Berliner Datenschutzbericht 2014). Auf europäischer Ebene wird demnächst eine Datenschutzgrundverordnung verabschiedet. Ist „Datenschutz made in Berlin“ noch State of the Art oder hat Berlin Nachholbedarf? Wie hat sich das Berliner Informationsfreiheitsgesetz bewährt? Wo klemmt es noch zwischen Verwaltung und Bürger*innen?

Diese und weitere Fragen möchten wir diskutieren, zusammen mit

- Peter Schaar, Vorsitzender der Europäischen Akademie für Informationsfreiheit und Datenschutz (EAID) Berlin,
- Dr. Klaus Lederer, MdA, Sprecher für Recht und Verbraucherschutz der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus,
- Jörg Pohle, Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft (HIIG).

Moderation: Dr. Klaus Lederer.

Wir würden uns freuen, wenn wir Ihr Interesse wecken konnten und Sie unserer Einladung folgen. Wir bitten Sie, Ihre Anmeldung bis spätestens zum Freitag, 29.04.2016 an uns zu übersenden. Ihre Anmeldung wird registriert, bitte haben Sie Verständnis dafür, dass keine gesonderte Bestätigung erfolgt.

Per Kontaktformular:

<http://www.kommunalpolitik-berlin.de/kontakt>


Per E-Mail:

kommunalpolitisches.forum@berlin.de

Per Post:

kommunalpolitisches forum e.V. (berlin), PF 180 183, 10205 Berlin

Mit freundlichen Grüßen


Dagmar Pohle
Vorsitzende